

18.47

Abgeordneter Mag. Friedrich Ofenauer (ÖVP): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Bundesministerin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Hohen Haus! Sehr geehrte Zuseherinnen und Zuseher! Ohne Strom geht heutzutage fast nichts mehr, Strom ist eine der Grundlagen für unsere moderne Lebensweise: ohne Strom keine Wirtschaft und kein Leben, wie wir es gewohnt sind.

Die nachhaltige Erzeugung elektrischer Energie wird daher eines **der Zukunftsthemen** sein, und wir in Österreich setzen dabei vor allem auf Wasserkraft, Windkraft, Photovoltaik und auch Hackschnitzel. Seit Zwentendorf jedoch ist es parteiübergreifender Konsens, dass es in Österreich kein Atomkraftwerk geben wird. Das ist auch gut so, es gibt einen guten Grund dafür, denn die Gefahren sind nicht beherrschbar. Nicht beherrschbare Strahlung, dazu die Endlagerung – es sind Gefahren, die nicht in den Griff zu bekommen sind.

Österreich fordert daher auf Ebene der Europäischen Union, keine öffentlichen Gelder für die Förderung von Atomkraft einzusetzen und insbesondere auch keine öffentlichen Beihilfen dafür zu gewähren, um den Wettbewerb in der Stromerzeugung nicht zu verzerren.

Infrage zu stellen ist meiner Ansicht nach natürlich auch die mögliche Einstufung der Atomenergie als grüne Energie.

Nun haben wir aber den Fall, dass in Ungarn beim Atomkraftwerk Paks II russisches Geld in alte russische Technologie investiert wird. Bei allem Verständnis dafür, dass man natürlich alle Möglichkeiten der Stromerzeugung nutzt: Vor allem bei Atomkraftwerken muss ganz genau auf die Sicherheit geschaut und geachtet werden! Der Wind, der eine radioaktive Wolke vor sich hertreibt, kennt nämlich keine Grenzen, wie wir ja von Tschernobyl wissen.

Jetzt kann Österreich natürlich nicht die Entscheidung treffen, ob Ungarn das Atomkraftwerk Paks II baut oder nicht – wir können aber auf jeden Fall unser Wissen und unsere Erfahrungen, die wir zum Beispiel mit Zwentendorf gemacht

haben, einbringen. Falls das Atomkraftwerk gebaut wird – natürlich wäre es besser, wenn das nicht der Fall ist –, muss sichergestellt werden, dass es zumindest so sicher wie möglich gebaut wird.

Da ist natürlich die Frage des Standortes eine ganz wesentliche, und wir haben schon beim AKW Zwentendorf Erfahrungen mit dem Thema Geologie gemacht. Auch Zwentendorf liegt in einer geologisch sensiblen Zone: Es gab dort 1590 ein Erdbeben, das wurde damals festgestellt, und solche geologisch und seismologisch gefährlichen Gebiete eignen sich natürlich nicht für den Bau von Kernkraftwerken.

Beim grenzüberschreitend durchgeföhrten UVP-Verfahren wurde vonseiten Ungarns darauf aber nicht eingegangen.

Das österreichische Umweltbundesamt hat entsprechende Untersuchungen gemacht und auch detailliert erhoben, dass das Kraftwerk Paks II in einer solchen seismologischen und geologisch gefährlichen Zone liegt, die aufgrund von möglichen Oberflächenverschiebungen und der Erdbebengefährdung eben genau nicht dafür geeignet ist, dort ein Atomkraftwerk zu errichten. Das ist auch eine Information, die für Ungarn ganz wesentlich ist, und ich hoffe doch, dass letztendlich die Entscheidung getroffen wird, das Atomkraftwerk dort nicht zu errichten.

Deswegen ersuchen wir auch die Bundesregierung und die zuständige Ministerin, sich bei allen, die dazu beitragen können – auf europäischer Ebene, aber auch auf bilateralem Wege –, dafür einzusetzen, dass zumindest bei diesem Grubenaushub die entsprechenden wissenschaftlichen Begleitmaßnahmen gesetzt werden, die dann hoffentlich auch dazu führen, dass Einsicht einkehrt und dieses Kraftwerk nicht errichtet wird, denn letztendlich geht es dabei auch um die Sicherheit der österreichischen Bevölkerung. Es geht um die Abwehr von Bedrohungen, nicht nur von Terrorgefahr. Auch wenn es zu einem solchen Erdbeben kommt und Radioaktivität freigesetzt wird, ist das eine veritable Bedrohung der österreichischen Bevölkerung, und im weiteren Sinne kann man sogar sagen, dass der Einsatz gegen den Bau dieses Kraftwerks unter die

umfassende Landesverteidigung fällt, weil es dabei auch darum geht, solche Bedrohungen abzuwenden.

Meine Damen und Herren, da ich schon die umfassende Landesverteidigung angesprochen habe: Im Übrigen bin ich der Meinung, dass vor allem der geistigen Landesverteidigung wieder neues Leben eingehaucht werden müsste. (*Beifall bei der ÖVP.*)

18.51

Präsidentin Doris Bures: Nächster Redner: Herr Abgeordneter Michael Bernhard. – Bitte.